

Erneuerung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik in der Gemeinde Tülauteilmaßnahme 2019 (Salzwedeler Str. / Im Hög in Voitze)



Die Beleuchtung in den Ortsteilen der Gemeinde Tülauteil beruht noch in weiten Bereichen auf der Technik mit Quecksilberlampen. Um einen Beitrag zur CO₂ Reduzierung und damit zum Klimaschutz zu leisten, werden in einem ersten Schritt die gesamte „Salzwedeler Straße“ mit der Ortsdurchfahrt B248 sowie die Straße „Im Hög“ auf die Energiesparende LED-Technik umgestellt.

Zum Stichtag 30.09.2018 wurde daher ein Antrag auf Förderung zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung und Umstellung auf LED-Technik gestellt. Der Förderantrag umfasst den Austausch der Leuchtenköpfe einschließlich der Montage.

Dies wurde durch den Gemeinderat in seiner Sitzung vom 12.12.2018 einstimmig beschlossen.

Die Gesamtkosten betragen rd. 23.068 €. Die Gemeinde hat am 07.11.2018 einen Zuwendungsbescheid mit einer maximalen Förderung von 25 % erhalten, was einer Zuwendung in Höhe von 5.767 € entspricht. Die Zuwendung erfolgt aus den Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative, Haushaltsjahr 2018 und wird durch den Projektträger Jülich Forschungsträger Jülich GmbH <https://www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen> betreut.

Bewilligungszeitraum: 01.02.2019 – 31.01.2020

Ausführungszeitraum: 01. - 25.12.2019

Das Ziel ist die CO₂ Reduzierung als Beitrag zum Klimaschutz.

Gemeinde Tülauteil

Der Bürgermeister

Nationale Klimaschutzinitiative

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.

Im Auftrag des:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

